

LESERFORUM

LESERBRIEFE

Mit dem Ustermer Richtplan zu mehr oder weniger bezahlbaren Wohnungen?

Steigende Mieten und Kündigungen wegen Renovationen: Das erleben viele Menschen in Uster seit einigen Jahren. Familien und Einzelpersonen mit kleinem oder mittlerem Einkommen müssen die Stadt verlassen, weil sie keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Die Zahlen sind klar: In den letzten 20 Jahren sind die Mieten pro Quadratmeter in Uster um 30 Prozent gestiegen.

Die Gegner des neuen Richtplans behaupten nun, dieser führe zu noch höheren Mieten.

Gendern ist hier nicht nötig, es sind ausschliesslich Männer. Sie sagen, zusätzliche Regeln würden das Bauen teurer machen. Belege dafür liefern sie aber keine. Unterstützung erhalten sie von einem Bankpräsidenten.

Klar ist: In Uster braucht es neue Wohnungen. Schon heute ist festgelegt, wo und wie viel gebaut werden darf. Damit mehr Wohnungen entstehen, werden die Regeln angepasst. Auf einer Parzelle darf künftig grösser und höher gebaut werden. Der neue Richtplan ver-

langt aber auch: Ein Teil dieser zusätzlichen Wohnungen soll preisgünstig oder gemeinnützig sein. Die Vorgaben dazu gibt es bereits heute im kantonalen Gesetz.

Warum die Gegner trotzdem von steigenden Mieten sprechen, ist fraglich. Es stellt sich die Frage nach ihren Interessen. Liegt es daran, dass einer der grössten Immobilienbesitzer in ihrem Komitee ist? Schaut der Bankpräsident auf die Rendite oder auf günstige Wohnungen?

Der neue Richtplan ist ein Kompromiss: Es darf mehr gebaut werden, und das Land gewinnt an Wert. Dadurch entstehen auch höhere Erträge. Gleichzeitig sorgt der Anteil an preisgünstigem Wohnraum dafür, dass nicht nur Investoren profitieren, sondern auch die Mieterinnen und Mieter.

Weil ich in Uster mehr bezahlbare Wohnungen will, stimme ich am 14. Juni Ja zum Richtplan.

Reto Büssler,
Mitglied Sozialbehörde, Uster

Grenzenloses Wachstum in Uster?

In Uster bestehen heute zirka 17 500 Wohnungen. Gemäss Richtplan sollen in den kommenden 15 Jahren noch 5000 dazukommen. Das wären rund 29 Prozent mehr.

Man fragt sich ganz einfach, wo diese 5000 neuen Wohnungen erstellt werden sollen. Das wird doch nur auf der grünen Wiese oder durch eine massive Verdichtung erreicht werden können.

Die Grünen und Grünliberalen von Uster unterstützen also dieses Wachstum mit Vehemenz? Man kann es kaum glauben. Die Ustermer Grünen kämpfen noch vor Kurzem erfolgreich für die Freihaltung der grossen Landwirtschaftsflächen in Nänikon und gegen eine Ein-

zonung des Landwirtschaftslandes im Eschenbühl. Mit der Zustimmung zu 5000 neuen Wohnungen müssten diese Flächen selbstverständlich verbetoniert werden. Das wäre also ein politischer Salto mortale der Grünen.

Mit dem Richtplan sollen auch im Bereich Müllholz und nördlich des Schulhauses Hasenbühl weitere Einzonungen von Fruchtfolgeflächen als Bauland vorgenommen werden. Im kantonalen Richtplan sind aber beide Flächen als Fruchtfolgeflächen (FFF) eingetragen, sollen also der Ernährung unserer Bevölkerung in Krisenzeiten dienen. Das interessiert aber weder den Stadtrat noch die Mehrheit im Gemeinderat gross.

Der Kanton hat bereits vor der Gemeinderatsdebatte angemeldet, dass er diese Neu-Einzonungen nicht bewilligen werde. Es macht deshalb wenig Sinn, wenn die Ustermer einer Einzonung zustimmen, die zum Vornherein nicht genehmigungsfähig ist. Es ist stossend, dass sich ausgerechnet die Stadt Uster nicht an die kantonalen Vorgaben halten will.

In der Ustermer Gemeindeordnung steht seit November 2021 dank den Ustermer Grünen: «Die Gemeinde setzt sich aktiv für die Sicherung von Kulturland und den öffentlichen Grünraum auf dem gesamten Gemeindegebiet ein» (Art. 3, Abs. 6). Dieser Zusatz kam auf-

grund einer kantonalen Volksinitiative der Grünen zum Schutz des Kulturlandes zustande.

Das soll ausgerechnet beim Ustermer Richtplan nicht gelten? Und: Weshalb wenden sich ausgerechnet diese Kreise vehement gegen die 10-Millionen-Initiative? Also Wachstum überall? Mehr Einwohner, mehr Wohnungen, mehr Verkehrswege, weniger Grün? Da versteht man die Welt nicht mehr.

Der Ustermer Richtplan widerspricht sowohl dem kantonalen Richtplan als auch der Ustermer Gemeindeordnung. Ich werde ihn deshalb ablehnen.

Paul Stopper,
Gemeinderat BPU, Uster

Gesunde Entwicklung statt wildes Wachstum

Wie Uster in 10 bis 20 Jahren aussieht, entscheidet sich nicht erst dann, sondern jetzt. Eine Stadt, die bezahlbar bleibt, gut erreichbar ist und Raum zum Leben lässt, brauchen wir alle.

Eine Stadt ist wie ein grosses Segelschiff: Wer den Kurs ändern will, muss früh und überlegt ans Steuer. Genau dafür ist der kommunale Richtplan da. Er legt die Leitplanken fest für Siedlung, Landschaft, Mobilität und Infrastruktur. Diese vier Bereiche müssen ineinandergrei-

fen, damit Uster seine grössten Aufgaben anpacken kann: bezahlbaren Wohnraum schaffen, gerade für junge Menschen, die sich hier etwas aufbauen wollen. Natur und Kulturland erhalten. Mit gesicherten Gewerbe- und lokalen Betrieben und Lehrstellen stärken. Den Verkehr entflechten. Und in Sport und Bildung investieren.

Heute plant Uster mit Grundlagentagen aus den 1980er Jahren, aus einer Zeit, als viele von uns noch gar nicht geboren waren.

Dass das nicht mehr passt, ist seit Jahren offensichtlich.

Ich habe im Gemeinderat miterlebt, wie dieser Richtplan entstanden ist: über fünf Jahre Arbeit, in parteilich gemischten Fachgruppen, intensiv diskutiert und am Ende breit verabschiedet. Mal hat sich die eine Seite durchgesetzt, mal die andere. Das Ergebnis ist kein grünes Wunschpapier, sondern ein ehrlicher Kompromiss.

Dass die Bürgerlichen trotzdem das Referendum ergriffen

haben, ist vor allem Parteipolitik. Bei einem Nein stünde Uster wieder bei null. Fünf Jahre Arbeit und Millionen an Steuergeldern wären verloren, und jedes künftige Bauprojekt bliebe jahrelang in der Schube, bis irgendwann ein neuer Anlauf käme. Dass der dann besser würde, glaube ich nicht.

Deshalb stimme ich am 14. Juni Ja zum Richtplan.

Lukas Adam,
Gemeinderat Grüne, Uster

Handwerker beleidigt

Zum Leserbrief «An die 10-Millionen-Schweiz-Initianten», Ausgabe vom 23. Mai

Normalerweise reagiere ich nicht öffentlich auf Leserbriefe, doch diesmal kann ich nicht anders. Herr Urs Heinz Aerni schreibt im obengenannten Brief: «wenn Sie bereit sind, ihre Kinder nicht an die Uni, sondern in die Lehre für Berufe im Handwerk, in der Pflege und in der Gastronomie zu schicken, dann könnte man Ihre Absicht zu dieser Initiative ernst nehmen.»

Ich bin empört. Es geht mir nicht um Pro und Kontra der Initiative, sondern wie abschätzig und arrogant das gegenüber allen Handwerkern ist. Herr Aerni zeigt ganz klar, dass nach seiner Sicht Menschen, die nicht Akademiker sind, Menschen zweiter Klasse seien. Ich

frage mich, ob er den Zug gleich selber fährt oder sein Auto repariert, geschweige denn die Schienen oder Strassen dazu baut. Ob er den Strom im Haus wohl selber eingeht und die sanitären Anlagen eingebaut hat? Schneidet er sich selber die Haare und wenn er ins Spital muss oder ein dementes Familienmitglied hat, pflegt er diese dann selber? Ich nehme an, er geht nie in ein Restaurant, wo für ihn gekocht und das Essen serviert wird.

Herr Aerni unterschätzt mit seiner Aussage die Wichtigkeit von Handwerkern und deren Arbeit und beleidigt diese. Ich richte an dieser Stelle ein grosses Danke an all diese Menschen, die mit ihren Händen und ihrer Arbeit unseren Alltag verschönern.

Kathrin Molinari-Looser
Esslingen

UNSERE REGELN FÜR LESERBRIEFE

Das Leserforum des «Zürcher Oberländers» und des «Anzeigers von Uster» steht allen Interessierten offen – allen, die sich an einige unumgängliche Regeln halten.

- Keine Einsendung ohne Angabe der genauen Absenderadresse (Vorname, Name, Strasse, Wohnort, Telefonnummer).
- Halten Sie sich kurz. Die Maximallänge beträgt 2500 Zeichen (inklusive Leerschläge)
- Wir behalten uns vor, Leserbriefe zu kürzen und zu bearbeiten. Dazu führen wir keine Korrespondenz.
- Leserbriefe veröffentlichen wir in der gedruckten Zeitung und online auf zo-online.ch. Wenn Sie das nicht wollen, bitten wir Sie um einen entsprechenden Vermerk bei Ihrer Einsendung.
- Nach erfolgten Abstimmungen publizieren wir keine Leserbriefe mehr dazu.

Autorinnen und Autoren aus der Region und Reaktionen auf Themen, die im ZO/AvU behandelt wurden, werden jeweils bevorzugt.

Unsere grundsätzlichen inhaltlichen Regeln kurz zusammengefasst:

- Keine Beleidigungen: Persönliche Angriffe, Namensverunstaltungen und polemische Sprache sind unzulässig.
- Keine Diskriminierung: Rassistische oder hetzerische Inhalte sowie Verstösse gegen das Antirassismus-Gesetz sind verboten.
- Keine Falschinformationen: Beiträge, die nachweislich falsche Behauptungen oder unbegründete Ängste verbreiten, werden nicht veröffentlicht.
- Keine Werbung oder Auftritte: Werbung, politische Propaganda oder Mobilisierungen sind nicht erlaubt. (20)

HEUTE IST EINSENDESCHLUSS FÜR LESERBRIEFE ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 14. JUNI

Derzeit erreichen uns ausserordentlich viele Leserbriefe zu den Abstimmungen und Wahlen vom 14. Juni. Wie üblich beenden wir einige Tage vor

dem Abstimmungstermin die Publikation von Briefen zu den Vorlagen. Einsendeschluss für letzte Leserbriefe ist **heute Donnerstag, 12 Uhr.**

Wer Stadtentwicklung sagt, soll auch transparent sein

Wer unter dem Namen «Stadtentwicklung Wetzikon» auftritt, sollte klar sagen: Das ist keine offizielle Stelle der Stadt, sondern eine private politische Position. Das ist selbstverständlich legitim. Aber wer anderen Propaganda vorwirft, sollte selbst besonders sauber und transparent auftreten.

Gerade deshalb stört mich, wie in der Nein-Kampagne zum Masterplan der Eindruck erweckt wird, der Masterplan sei vom Stadtrat durchgedrückt worden. Das stimmt so nicht. Der Masterplan wurde von einer Spezialkommission des Parlaments intensiv und fundiert begleitet. Alle Parteien konnten sich einbringen.

Auch Eigentümerinnen und Eigentümer sowie die Bevölkerung wurden im Prozess wiederholt abgeholt und konnten ihre Inputs, Anliegen und Haltungen kundtun. Am Ende wurde die Vorlage im Parlament breit abgestützt und klar befürwortet.

Auch das Argument, der Masterplan diene vor allem privaten Grundeigentümern, greift zu kurz. Natürlich profitieren private Entwicklungen

von einer guten öffentlichen Infrastruktur. Aber der öffentliche Nutzen ist offensichtlich: ein besserer Bushof, barrierefreie Zugänge, sicherere Wege, mehr Veloinfrastruktur, bessere Umsteigebeziehungen und ein Bahnhofsraum, der endlich als Stadtraum funktioniert.

Genau dafür ist ein Masterplan da: Er sorgt dafür, dass öffentliche und private Entwicklungen nicht zufällig nebeneinander entstehen, sondern aufeinander abgestimmt werden. Wer das als Problem darstellt, verkennt den Sinn koordinierter Stadtentwicklung.

Wetzikon braucht am Bahnhof keine Blockade und keine Scheintransparenz, sondern eine ehrliche Debatte. Und ehrlich ist: Wir müssen am Bahnhof sowieso handeln. Mit dem Masterplan tun wir es koordiniert, demokratisch begleitet und mit klarem Mehrwert für die heutige Bevölkerung und die kommenden Generationen. Darum sage ich am 14. Juni Ja zum Masterplan Stadtraum Bahnhof Wetzikon.

Jonathan Assenberg,
Gemeinderat SP, Wetzikon

Steht die Schweiz vor dem Absturz ins Chaos?

Zurzeit wird in der Öffentlichkeit aus allen Rohren auf die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» geschossen. In einmütiger Entschlossenheit kämpfen Linke mit den rechten Wirtschafts- und Wachstumseuphorikern gegen die Initiative an. Bundesrat Beat Jans versteigt sich gar zur Aussage, die Schweiz würde mit der Annahme der Initiative ins Chaos stürzen, die FDP und weitere bürgerliche Kreise reden von Abschottungsinitiative. Dagegen sagt Heidi Z'Graggen, die Urner Mitte-Ständerätin, «Eine Verschnaufpause täte uns gut» und kritisiert das starke Bevölkerungswachstum.

Die Aufgeregtheit in der Debatte lässt sich erklären, denn die Linke fühlt sich legitimiert zu mehr Staatsinterventionismus, denn der zunehmende Dichtestress zum Beispiel im Privatverkehr begünstigt weitere Regulierungen, Einschränkungen und Verbote. Die FDP und weitere Rechtsparteien befürchten Einschränkungen bei Wachstum und Wohlstand. Da werden Ängste geschürt, beispielsweise steigende Wohnkosten, sogar auf die IV und AHV würde sich eine Annahme der Initiative negativ auswirken.

Der Ökonom Mathias Binswanger fragt in der NZZ vom 16. Mai «Sind wir bereit, für einen nur noch leicht wachsen-

den Wohlstand Einbussen bei der Lebensqualität in Kauf zu nehmen?»

Solange das Mantra von Wohlstand in Abhängigkeit von Wachstum von Ökonomen verbreitet wird, wenn behauptet wird, dass bezüglich der IV Einwanderer gemäss Studien mehr in die Sozialwerke einzahlen als sie an Leistungen beziehen, wird ausser Acht gelassen, dass diese Menschen im Alter die gleichen Leistungen beziehen wie die übrige Bevölkerung.

Gemäss Binswanger ist übers ganze Leben gesehen das Beitragsverhältnis sogar ungünstiger als bei den Schweizern. Die Vorschläge der Initiative gegen verfangen nicht – sowohl die Verschärfung der Lex Koller als auch kreative Massnahmen zur Einschränkung der Einwanderung gemäss Bundesrat bleiben wirkungslos.

Mit der weiter steigenden Einwanderung steigt auch der Fachkräftebedarf in allen Bereichen, wie im Gesundheitswesen. Und die Infrastrukturkosten bei Strassenverkehr, Bildung und so weiter steigen an. Die Spirale dreht sich weiter bis zu dem Punkt, wo die Schweiz ohne wirkungsvolle Begrenzung, vielleicht schneller als denkbar, in einen ungeordneten, regellosen gesellschaftlichen Zustand geraten könnte. werde ich die Initiative annehmen.

Arthur Pünter, Forch